

Iris Nachum

Die Deutschdemokratische Freiheitspartei in der Tschechoslowakei

1. Einleitung

Im Zentrum meines Vortrags steht die liberale Deutschdemokratische Freiheitspartei (kurz: DDFP) in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit und ihre Beziehung zum Nationalsozialismus bzw. zu völkischen Parteien. Bevor ich mich den Interaktionsprozessen zwischen der DDFP und den sudetendeutschen Völkischen bzw. Nationalsozialisten widme, möchte ich kurz auf die Besonderheiten dieser Partei eingehen.

2. Die DDFP

Wie bereits an der Namensähnlichkeit erkennbar, stand die im Jahr 1919 ins Leben gerufene Deutschdemokratische Freiheitspartei der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei der Weimarer Republik, zumindest bis Mitte der 1920er Jahre, ideologisch nahe und unterhielt zu dieser auch gute Kontakte.¹ Die für das bürgerliche Eigentumsrecht und gegen eine sozialistische Gesellschaftsordnung wirkende Honoratiorenpartei DDFP wandte sich in erster Linie an das sudetendeutsche Groß- und Bildungsbürgertum.² Sie war in der im Jahr 1918 gegründeten Tschechoslowakei die einzige deutschbürgerliche Partei, die Juden offenstand.³ Sehr zum Leidwesen ihrer Funktionäre wurde sie daher von den sudetendeutschen Antisemiten oft und gerne als „Judenschutztruppe“ verunglimpft.⁴

In den tschechoslowakischen Parlamentswahlen von 1920 stimmten knapp 7 Prozent der Sudetendeutschen für die DDFP.⁵ In den kommenden Jahren sackte die durch Überalterung gekenn-

¹ Deutsche Zeitung Bohemia, 6.7.1920, Nr. 157, S. 8; Deutsche Zeitung Bohemia, 9.1.1923, Nr. 5, S. 4.

² Vgl. DDFP-Gründungsbekanntgabe, in: Deutsche Zeitung Bohemia, 1.10.1919, Nr. 157, S. 6.

³ Fred Hahn: Die Deutschen Juden und ihre Wahl politischer Parteien, in: Ackermann-Gemeinde / Česká křesťanská akademie (Hg.): Židé v Sudetech. Die Juden im Sudetenland, Prag 2000, S. 105–110, hier S. 107; Jörg Osterloh: Nationalsozialistische Judenverfolgung im Reichsgau Sudetenland 1938–1945, München 2006, S. 104.

⁴ Reichenberger Zeitung, 10.4.1920, Nr. 84, S. 2.

⁵ Erwin Winkler: Die Tschechoslowakei im Spiegel der Statistik, Karlsbad 1937, S. 81 (Übersicht 54).

zeichnete Partei in der Wählergunst jedoch deutlich ab.⁶ Dennoch: dank des Bekanntheitsgrades und der Achtung, die einige liberale Parlamentarier (insbesondere Bruno Kafka und Ludwig Spiegel) sowohl in der deutschen als auch in der tschechischen Teilgesellschaft genossen, sowie dank der ideologischen und personellen Nähe der Partei zu den großen deutschsprachigen Tageszeitungen in der Tschechoslowakei (*Deutsche Zeitung Bohemia*, *Prager Tagblatt*) war der Einfluss der Liberalen auf den sudetendeutschen Diskurs, zumindest in den 1920er Jahren, weit- aus größer, als es ihre Wahlergebnisse vermuten lassen.

Die DDFP positionierte sich als die eigentliche Verwalterin des deutschliberalen Erbes der unter- gangenen Habsburgermonarchie. Meiner Meinung nach liegt darin der Schlüssel, warum die Partei keine Berührungsängste gegenüber völkischen bzw. nationalsozialistischen Kräften zeigte. Bevor ich mich mit diesem Punkt näher auseinandersetze, möchte ich daher kurz auf die Lage des deutschen Liberalismus am Ende der Habsburgermonarchie eingehen.

Im ausgehenden 19. Jahrhundert verloren die elitären Deutschliberalen in Wien und auf Reichs- ebene zunehmend an politischer Macht. In Böhmen und Mähren jedoch konnten sie, wie von Pieter Judson gezeigt, mittels der Instrumentalisierung deutschnationaler Ideen und dank der Aneignung einer tschechenfeindlichen Massenrhetorik ihr politisches Überleben vorerst si- chern.⁷ Die von der zivilisatorischen Mission des Deutschtums fest überzeugten Liberalen agier- ten somit auf der nationalpolitischen Ebene, und zwar vor allem in den liberalen Hochburgen in den böhmischen Ländern, oft am vehementesten. Zudem kooperierten die Deutschliberalen im österreichischen Parlament und im Rahmen diverser deutscher Schutzvereine häufig mit den deutschnationalen Antisemiten.⁸ In der Tat waren es vor allem Deutschliberale aus Böhmen und Mähren, die bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges unentwegt das Mantra predigten, dass nur eine gesamtdeutsche „Einheitsfront“, also der Zusammenschluss aller deutschen Kräfte und

⁶ Alfons Adam: *Unsichtbare Mauern. Die Deutschen in der Prager Gesellschaft zwischen Abkapselung und Interakti- on (1918–1938/39)*, Essen 2013, S. 395.

⁷ Pieter M. Judson: *Exclusive Revolutionaries. Liberal Politics, Social Experience, and National Identity in the Austri- an Empire, 1848–1914*, Ann Arbor, MI 1996.

⁸ Peter G. J. Pulzer: *The Austrian Liberals and the Jewish Question, 1867–1914*, in: *Journal of Central European Af- fairs* 23 (1963), S. 131–142.

Parteien, inklusive der antisemitischen, dem politischen und wirtschaftlichen Aufstieg der Tschechen Einhalt gebieten könne.

Die These, die ich hier vertreten möchte, besagt also, dass nach dem Ersten Weltkrieg die DDFP nahtlos an die altösterreichische liberale Praxis und Rhetorik anknüpfte. Und so beteiligten sich die Liberalen auch in der Zwischenkriegszeit mit Leidenschaft am sogenannten Volkstumskampf gegen die angebliche „Tschechisierung“ der deutschen Kultur und des deutschen Bodens. Was somit die Rhetorik und „Volkstumsarbeit“ der Liberalen betraf, standen sie auch in der Zeit nach 1918 den völkischen Parteien um nichts nach.

3. Das völkische Lager

Ich komme nun auf ein methodologisches Problem zu sprechen, denn die Frage, was oder wer in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit zum Nationalsozialismus zu rechnen ist, bereitet der Forschung Schwierigkeiten, die im Rahmen des Vortrags nicht befriedigend gelöst werden können. Es liegt nahe, den Fokus zunächst auf die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (kurz: DNSAP) zu richten, die über enge Kontakte zur NSDAP in München verfügte. Die DNSAP vertrat ein ideologisches Sammelsurium, das neben dem Rassenantisemitismus auch aus sozialstaatlichem, antiliberalem und zugleich antikommunistischem Gedankengut bestand. Im Gegensatz zur reichsdeutschen NSDAP war die sudetendeutsche DNSAP bis zum Ende der 1920er Jahre proletarisch ausgerichtet. Auch stand in der DNSAP der Kampf gegen die tschechoslowakische Demokratie immer an oberster Stelle.⁹

Neben der DNSAP existierte mit der zeitweilig vom späteren Vertriebenen Sprecher Lodgman von Auen angeführten Deutschen Nationalpartei eine weitere Partei, die antisemitisches, deutschvölkisches und antikommunistisches Gedankengut vertrat.¹⁰ Die sich zudem an national-liberalen Ideen orientierende Partei unterhielt zum rechten Flügel der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei sowie insbesondere zur Deutschnationalen Volkspartei der Weimarer Repub-

⁹ Ronald M. Smelser: Nazis without Hitler. The DNSAP and the First Czechoslovak Republic, in: East Central Europe 4 (1977), S. 1–19.

¹⁰ Osterloh, Nationalsozialistische Judenverfolgung, S. 100f.

lik enge Kontakte.¹¹ Unter den sudetendeutschen Parteien war sie am kompromisslosesten gegen den tschechoslowakischen Staat eingestellt. Im Gegensatz zur DNSAP wandte sich die Deutsche Nationalpartei in erster Linie an ein bürgerliches Publikum und bekannte sich auch nicht zum Nationalsozialismus, der, wie bereits angedeutet, in der Tschechoslowakei mit proletarischen bzw. sozialistischen Forderungen in Verbindung gebracht wurde. In den frühen 1920er Jahren konnte die Deutsche Nationalpartei unter Lodgman einen großen Teil der Sudetendeutschen für sich gewinnen. Allerdings schwand ihr Einfluss in den späteren Jahren.

Im Vergleich zur liberalen Deutschdemokratischen Freiheitspartei und der völkischen Deutschen Nationalpartei konnten die Nationalsozialisten ihren Stimmenanteil in der sudetendeutschen Bevölkerung vor allem unter den Jungwählern kontinuierlich ausbauen. Seit Anfang der 1930er Jahre bekannte sich die Partei öffentlich zum Nationalsozialismus reichsdeutscher Prägung, was die tschechoslowakische Regierung dazu bewegte, ein Verbot der DNSAP und im Zuge dessen auch der Deutschen Nationalpartei anzustreben. Um dem drohenden Verbot zuvorzukommen, lösten sich beide Parteien im Herbst 1933 auf. Nur wenige Tage vor ihrer Selbstauflösung hatte Konrad Henlein die Sudetendeutsche Heimatfront, die später unter dem Namen Sudetendeutsche Partei fungieren sollte, ins Leben gerufen. Eine große Zahl der ehemaligen Mitglieder der DNSAP und der Deutschen Nationalpartei schlossen sich daraufhin Henlein an.¹²

Über die Frage, ob die Henleinpartei seit ihrer Gründung eine von Berlin gesteuerte Tarnorganisation anstelle der aufgelösten DNSAP war oder ob es sich bei ihr um eine eigenständige Partei handelte, die – zumindest in der Anfangsphase – mit dem Nationalsozialismus nichts am Hut hatte, scheiden sich seither die Geister. Auch unter HistorikerInnen ist diese Frage nach wie vor umstritten.¹³ Henlein selbst wies mit dem Verweis, dass seine Partei den sogenannten Arierparagraphen nicht in den Parteistatuten führte, den Vorwurf von sich, eine nationalsozialistische Partei ins Leben gerufen zu haben. Tatsächlich bekannte sich die Henleinpartei erst im April

¹¹ Koloman Gajan / Robert Kvaček (Hg.): Deutschland und die Tschechoslowakei 1918–1945. Dokumente über die deutsche Politik, Prag 1965, S.12; Reichenberger Zeitung, 7.5.1925, Nr. 106, S. 2.

¹² René Küpper: Karl Hermann Frank (1898–1946). Politische Biographie eines sudetendeutschen Nationalsozialisten, München 2010, S. 52.

¹³ Vgl. Wilfried Jilge: Zwischen Autoritarismus und Totalitarismus. Anmerkungen zu einer Kontroverse, in: Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder 39 (1998), S. 96–109.

1938 offiziell zum reichsdeutschen Nationalsozialismus und nahm so nun auch den „Arierparagraphen“ in ihre Statuten auf.¹⁴

Um es auf den Punkt zu bringen: Im sudetendeutschen völkischen Milieu der Zwischenkriegszeit agierten mehrere Parteien, die, auch wenn sie nicht explizit unter dem Etikett des Nationalsozialismus firmierten, eine gewisse ideologische Nähe zum Nationalsozialismus reichsdeutscher Prägung aufwiesen. Aus diesem Grund scheint es mir richtig, nicht nur das Wechselverhältnis zwischen der Deutschdemokratischen Freiheitspartei und der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu thematisieren, sondern in die Untersuchung auch die Deutsche Nationalpartei und die Henleinpartei miteinzubeziehen.

4. Interaktionsprozesse

Wie verliefen also die Interaktionsprozesse zwischen der DDFP und den drei völkischen Parteien? Und vor allem: Welche Beweggründe trieben die Parteien an? Diese Fragen werde ich zuerst vom Standpunkt der DDFP aus und danach aus dem Blickwinkel der drei völkischen Parteien beantworten. Im Fazit werde ich dann auf das Gemeinsame zwischen der liberalen und der völkischen Perspektive eingehen.

4.1. Die DDFP-Perspektive

Seit der Gründung der Deutschdemokratischen Freiheitspartei im Jahr 1919 war sich die Parteileitung darüber im Klaren, dass die kleine DDFP den Sprung ins tschechoslowakische Parlament oder in bestimmte Stadtregerungen nur dann schaffen könne, wenn es ihr gelänge, mit den anderen deutschen Parteien Wahlbündnisse in Form von gemeinsamen Kandidatenlisten einzugehen. Folglich sahen sich die Liberalen mit zwei Dilemmata konfrontiert: Zum einen suchten sie im Interesse ihres politischen Überlebens unter anderem mit der DNSAP, der Deutschen Nationalpartei und später auch mit der Henleinpartei zu kooperieren, zum anderen sprachen sie sich gegen den Antisemitismus aus; einerseits wollte die liberale Partei ihr Image als „Judenschuttruppe“ loswerden, andererseits wollte sie die ihr verbliebenen jüdischen Wähler nicht verlieren. Um sich aus dieser Zwickmühle zu lösen, griffen die Liberalen auf das noch aus der Zeit der

¹⁴ Osterloh, Nationalsozialistische Judenverfolgung, S. 140–142.

Habsburgermonarchie stammende Argumentationsmuster zurück, das besagte, dass nur die Schaffung einer gesamtdeutschen „Einheitsfront“ die „Tschechisierung“ stoppen und die deutsche „Volksgemeinschaft“ vor dem Untergang retten könne. Die Bildung der „Einheitsfront“ läge somit auch im Interesse der sich zum Deutschtum bekennenden Juden.

Dementsprechend wandte sich die DDFP-Spitze im Jahr 1919 folgendermaßen an ihre jüdischen Wähler in Prag:

„[Es] ist gewiß [ein] nicht geringes Opfer, wenn der deutsche Jude heute eine Liste wählen soll, auf der er erklärte Anhänger [des Antisemitismus] findet. [Es bleibt aber nichts] anderes übrig, als alle anderen Fragen hinter das Hauptziel, die Erhaltung des deutschen Lebens in Prag, zurückzustellen. [Die Liste] ist eine Zweckgemeinschaft. Nichts anderes.“¹⁵

Die von den Liberalen verfolgte Strategie der Wahlbündnisse mit den völkischen Parteien ging teilweise auf. In Prag, wo die DDFP über ein relativ großes Wählerreservoir verfügte, gelang es ihr beispielsweise dank eines solchen zweckgerichteten Bündnisses, an dem unter anderem die Nationalsozialisten und die Deutsche Nationalpartei beteiligt waren, über viele Jahre hinweg einen liberalen Stadtrat zu stellen.¹⁶

Auch was Henlein betraf, schreckten die Liberalen nicht vor einer möglichen Zusammenarbeit zurück, obwohl sie vermuteten, dass er eigentlich ein von Berlin gesteuerter „Wolf im Schafspelz“ sei. So signalisierten die Liberalen in den Jahren 1933 bis 1935 mehrmals Kooperationsbereitschaft und führten dabei das Argument ins Feld, dass beide Parteien ähnliche Ziele vor Augen hätten.¹⁷ In der Tat ähnelte die politische Rhetorik und die kommunizierte Zielsetzung der

¹⁵ Deutsche Zeitung Bohemia, 13.6.1919, Nr. 64, S. 2 (Abendblatt).

¹⁶ Adam, Unsichtbare Mauern, S. 347–355, 357f, 360–363.

¹⁷ František Štěpán: Die Zusammenarbeit der deutschen bürgerlichen Parteien mit den Henlein-Faschisten in den Jahren 1933–1935. Eine Dokumenten-Auswahl (Materialien zur sudetendeutschen Geschichte 6), München 1978, S. 22–24.

Henleinpartei in diesen Jahren jener der DDFP, sprachen doch beide davon, die sudetendeutsche „Volksgemeinschaft“ unter einem Dach vereinen zu wollen.¹⁸

Um Henleins Verhandlungsführern eine gemeinsame Kandidatenliste auf regionaler Ebene schmackhaft zu machen, boten die Liberalen im Vorfeld der Parlamentswahlen von 1935 an, einen Teil der Wahlkampfkosten der Henleinpartei zu übernehmen.¹⁹ Doch trotz mehrerer Gesprächsrunden sollte es nicht zu einer Kooperation kommen. Kurz vor den Wahlen, bei denen Henlein einen Erdrutschsieg errang, hatte seine Partei beschlossen, „keinerlei Verbindungen“ zur DDFP einzugehen.²⁰

Angesichts des antisemitischen und antidemokratischen Terrors, den nun die Henleinpartei im Sudetenland verbreitete, lösten sich dort im Frühling 1938 sämtliche DDFP-Niederlassungen auf.²¹ Bereits ein halbes Jahr vor dem „Anschluss“ des Sudetenlandes an das Deutsche Reich war somit der Liberalismus aus der sudetendeutschen Öffentlichkeit ausgeschaltet worden. Mit dem Einmarsch der Wehrmacht in die sogenannte Rest-Tschechei bzw. mit der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren gab dann im März 1939 die DDFP in Prag ihre endgültige Auflösung bekannt.²²

4.2. Die „völkische“ Perspektive

Aus dem soeben Gesagten ist erkennbar, dass die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei und die Deutsche Nationalpartei durchaus zuweilen geneigt waren, im Namen der „deutschen Einheitsfront“ antitschechische Zweckbündnisse mit der „Judenschutztruppe“ einzugehen. Nichtsdestoweniger offenbarten diese Bündnisse die ambivalente Haltung der beiden völkischen Parteien zur DDFP. Denn einerseits waren sie beide dem Rassenantisemitismus verschrie-

¹⁸ Dietmar Neutatz: Der Wahlsieg der Sudetendeutschen Partei 1935 und die Macht der Diskurse, in: Matthias Stadelmann / Lilia Antipow (Hg.): Schlüsseljahre. Zentrale Konstellationen der mittel- und osteuropäischen Geschichte, Stuttgart 2011, S. 293–311, hier 305f.

¹⁹ Osterloh, Nationalsozialistische Judenverfolgung, S. 88.

²⁰ Protokoll, SdP-Hauptrat, 24.3.1935. Národní archiv, Praha/Nationalarchiv, Prag, Fond 503, Ktn. 68 (39-DP, DAWG, DGP, 1934–1935).

²¹ Reichenberger Zeitung, 5.4.1938, Nr. 81, S. 3; Deutsche Zeitung Bohemia, 5.4.1938, Nr. 80, S. 3; Deutsche Zeitung Bohemia, 6.4.1938, Nr. 81, S. 4.

²² Adam Alfons: „Prag ist und bleibt ein slawisches Prag.“ Die deutschen Parteien in den Prager Kommunalwahlen der Ersten Republik, in: Dietmar Neutatz / Volker Zimmermann (Hg.): Die Deutschen und das östliche Europa. Aspekte einer vielfältigen Beziehungsgeschichte, Essen 2006, S. 227–246, hier S. 244 (Anm. 82).

ben, andererseits erkannten sie, dass durch eine Nichtkooperation mit den Liberalen unweigerlich dringend benötigte Wählerstimmen dem deutschen Lager verloren zu gehen drohten.

Das daraus folgende ideologiebedingte Dilemma brachte das Parteiorgan der DNSAP im Jahr 1923 folgendermaßen auf den Punkt:

„Es gibt nur ein Entweder – oder. Wollen wir [Sudetendeutsche in den Wahlen] keine jüdische Stimme zu Gunsten der Tschechen verlieren, [müssen] wir den antisemitischen Kampf zurückstellen. Führen wir diesen antisemitischen Kampf aber, so ist es wieder ausgeschlossen, daß deutsch-jüdische Koalitionen geschlossen werden. Denn dann haben wir gar kein Interesse, die Juden der deutschen Sprache zu erhalten, sondern müssen froh sein, wenn dieses zersetzende Ferment sich in das Tschechentum hineinfrißt.“²³

Letzten Endes wählten die beiden völkischen Parteien eine „Sowohl-als-auch-Lösung“. Unermüdlich verbreiteten sie antisemitisches Gedankengut in der sudetendeutschen Gesellschaft. Doch dort, wo es ihren Interessen entsprach – wie das Beispiel des vorhin erwähnten Prager Stadtrates illustriert – zeigten sie sich flexibel und unterstützten liberale Kandidaten, auch jene jüdischer Herkunft. Im Jahr 1929 begründete ein Parlamentarier der Deutschen Nationalpartei dieses Vorgehen mit folgenden Worten: „Wir sind auch heute noch der Ansicht, daß der Jude kein Deutscher ist und daß wir unsere Ziele ohne die Judenschaft zu erreichen haben. Als Bundesgenossen [gegen die Tschechen] waren uns die Juden natürlich immer willkommen.“²⁴

Dass die Henleinpartei in ihrer Anfangszeit das Aufstellen einer gemeinsamen Kandidatenliste mit den Liberalen in bestimmten Städten erwog, hatte jedoch einen anderen Grund, denn durch eine Kooperation mit den Liberalen sollte der Verdacht zerstreut werden, die Partei sei eine nationalsozialistische Tarnorganisation.²⁵

5. Fazit

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass die Interaktionen zwischen den Liberalen und den Nationalsozialisten bzw. Völkischen in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit

²³ Zit. nach Deutsche Zeitung Bohemia, 12.5.1923, Nr. 109, S. 1.

²⁴ Reichenberger Zeitung, 21.10.1929, Nr. 248, S. 1.

²⁵ Vgl. Štěpán, Zusammenarbeit der deutschen bürgerlichen Parteien, S. 40–42.

durch ideologiebegründete Dilemmata geprägt waren – an die freilich durchaus pragmatisch herangegangen wurde. Diese zweckorientierte Dynamik zwischen den Akteuren kann auf den Umstand zurückgeführt werden, dass die Deutschen in der Tschechoslowakei – im Gegensatz zu den Deutschen im Deutschen Reich – aus der Position einer nationalen Minderheit heraus agierten und aus diesem Grund – trotz scharfer ideologischer Differenzen – oft zu einem gemeinsamen Nenner fanden. Mit anderen Worten: Man arrangierte sich. Das Einbeziehen der sudeten-deutschen Minorität in die allgemeine Beziehungsgeschichte zwischen dem Liberalismus und dem Nationalsozialismus kann somit die Liberalismusforschung um zusätzliche Facetten bereichern.

ZITATION:

Iris Nachum: Die Deutschdemokratische Freiheitspartei in der Tschechoslowakei, in: Heuss-Forum, Theodor-Heuss-Kolloquium 2017, URL: www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum/thk2017/nachum.